

ELITENSTRUDEL, VERLORENE WÄHLER UND UNSERE ANWÄLTE | VON NADINE STROTMANN, HERMANN PLOPPA UND HENDRIK SODENKAMP

Posted on 5. Oktober 2022

Ein Standpunkt von Nadine Strotmann, Hermann Ploppa und Hendrik Sodenkamp.

Drei Einblicke in die 106. Ausgabe der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand. Von Nadine Strotmann, Hermann Ploppa und Hendrik Sodenkamp

I.

Im Strudel der »Eliten«

Wochenrückblick von Nadine Strotmann.

Nordstream 1 und 2 wurden innerhalb von 24 Stunden lahmgelegt, die deutsche Wirtschaft und Privathaushalte kollabieren unter den explodierenden Energiepreisen und als Sahnehäubchen auf dem Haufen Mist kehrt die Coronapest mit ihren evidenzbefreiten Maßnahmen zurück. Rette sich wer kann!

War es das für alle Zeit mit dem Erdgas aus Russland? Nachdem drei Lecks an den Pipelines in der Ostsee gesichtet wurden, kommen laut Tagesschau immer mehr Länder zu der Einschätzung, »*dass die Lecks an den Nord-Stream-Pipelines durch einen vorsätzlichen Angriff entstanden sind.*« (Die Versorgungsleitungen wurden vom Tiefen Staat der USA mit Unterwasserdrohnen gesprengt, siehe Seite 11 der vorliegenden Ausgabe DW106 sowie das Journalistenportal Apolut.net, red.)

Und was machen die Massenmedien? Sie haben bereits einen Schuldigen gefunden: Putin. So berichtete zumindest RTL-Explosiv direkt am Tag des Geschehens. Des Weiteren äußerte sich der norwegische Militärwissenschaftler und Marineoffizier Tor Ivar Strømmen. Laut Pressebericht bleibe für ihn eigentlich nur Sabotage als Erklärung. Und er sehe nur einen möglichen Akteur und »*das ist Russland*«.

Cui Bono? Wem nützt es?

Auf dem Nachrichtendienst Twitter postete zeitgleich der ehemalige polnische Außenminister Radek Sikorski eine Luftaufnahmedes austretenden Gases mit dem Vermerk: »*Thank you, USA.*«
Erinnert er sich etwa auch an die Worte des amerikanischen Präsidenten Joseph Biden? Am 7. Februar erklärte dieser in Anwesenheit von Bundeskanzler Olaf Scholz, dass man Nordstream 2 beenden werde. Eine Reporterin

fragte, wie Biden das anstellen wolle. Seine Antwort: »I promise you, we'll be able to do it«, »glauben Sie mir, wir werden dazu in der Lage sein«.

Und der ehemalige britische Botschafter und heutige Menschenrechtsaktivist Craig Murray kommentierte auf Twitter: »The North Stream pipeline allows Russia to send gas to Western Europe without paying transit fees to Ukraine and Poland. Russia just completed it in the teeth of massive opposition from Ukraine, Poland and USA. Now they are trying to convince you it was Russia who blew it up«; »die Pipeline Nord Stream ermöglicht es Russland Gas nach Westeuropa zu liefern, ohne Transitgebühren an die Ukraine und nach Polen zu zahlen. Russland hat es gerade trotz massivem Widerstand aus der Ukraine, Polen und den USA abgeschlossen. Jetzt versuchen sie, dich davon zu überzeugen, dass es Russland war, das es in die Luft gesprengt hat.«

Jeder kann sich fragen, wer den größten Vorteil aus der aktuellen Situation ziehen kann. Wer es auch immer war: Uns allen muss klar sein, dass wir uns inmitten eines hässlichen Wirtschaftskrieges befinden, der jederzeit weiter auf unsere Kosten eskalieren kann. Die schwächelnde Nummer eins der Welt, die USA, führen einen Stellvertreterkrieg mit ihrem Erzfeind Russland auf dem Boden der Ukraine. Europa – und vor allem Deutschland – wird dafür gnadenlos als Kanonenfutter verheizt. Im Auftrag des digital-finanziellen Komplexes, die Profiteure jeglicher selbstgemachter Krisen, legt die deutsche Regierung unser Land in Schutt und Asche. Das Abdrehen von billiger Energie stürzt uns alle in Lichtgeschwindigkeit in Elend und Armut.

Den Strudel »unterschwimmen«

Die Agenda des Weltwirtschaftsforums (WEF) läuft also auf Hochtouren. Um den Druck auf die Bevölkerung zu erhöhen, schießen die Politmarionetten aus allen Rohren. Während die meisten Länder um uns herum die inszenierte Pandemie haben fallen lassen, bleibt das deutsche Regime unter dem Pharmakasper Karl Lauterbach hart. Gentherapeutische Spritzen, Masken und sinnlose Tests warten ab Oktober wieder auf ihren Einsatz. Im Hintergrund, ganz still und leise, laufen die Vorbereitungen für den Einsatz des digitalen Zentralbankgeldes auf Hochtouren, der größten Unterwerfung der Menschheit.

So schreibt Norbert Häring auf seiner Internetseite: »Die EU-Kommission hat im Frühjahr angekündigt, schon

im ersten Vierteljahr 2023 einen Gesetzentwurf vorzulegen. Und die EZB hat am 16. September bekanntgegeben, dass sie gemeinsam mit fünf Privatunternehmen die Gebrauchstauglichkeit eines digitalen Euros testet. Geplant ist die Einführung des digitalen Euros bisher für 2026.» Wer von einem Strudel gepackt wird, sollte nicht versuchen, an die Wasseroberfläche zu gelangen, das wäre ein folgenschwerer Fehler. Und wir sind mittendrin, im Strudel. Es hilft nur, sich mit verbliebener Kraft nach unten zu kämpfen – und den Wirbel zu unterschwimmen. In diesem Sinne: Es bleibt wahnsinnig, bleiben Sie gelassen und bitte widerspenstig.

Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin und DW-Redaktionsmitglied.

II.

Italienwahl: Verloren haben die Wähler

Bericht und Einschätzung von Hermann Ploppa.

Droht jetzt das Ende der Eurokratie in Brüssel durch eine blonde Faschistin aus Italien? Wohl eher nicht. Die Macher hinter den Kulissen haben vorgesorgt. Das Volk wird mal wieder massiv betrogen.

Die europäische Presse steht Kopf: Giorgia Meloni von der neofaschistischen Partei Fratelli d'Italia (Geschwister Italiens) hat aus dem Stand 25 Prozent der abgegebenen Stimmen vereinigen können. Sie bildet einen Parteienblock, zusammen mit der Lega (früher Lega Norte) und mit der Forza Italia des Mitglieds der Loge Propaganda due und früheren Regierungschefs Silvio Berlusconi.

Der »linksliberale« Block, angeführt von der italienischen SPD, der Partito Democratico und mitgetragen von der Bewegung der »Fünf Sterne« (Movimento Cinque Stelle) stürzte fürchterlich ab. Der pseudolinke Block blieb um 17 Prozent hinter dem rechtsradikalen Block der Signora Meloni. Im Vorfeld hatte bereits EU-Präsidentin Ursula von der Leyen eindringlich vor der schwarz braunen Gefahr gewarnt und sogar gedroht, die Regierungsbildung unter Druck zu setzen. Eine bessere Wahlwerbung konnten sich die Brüder Italiens garnicht wünschen.

Corona-Parteien haben »ausgeforzt«

Wie war es überhaupt zu diesem »Erdrutsch« gekommen? Nun, ganz einfach. Es wurden exakt jene Parteien abgewatscht, die seit Frühjahr 2020 die menschenverachtende Coronapolitik in Italien mit besonderer Härte und Unerbittlichkeit mitgetragen haben. Insbesondere die einst vom TV-Komiker Beppe Grillo gegründete Bewegung Fünf Sterne bekam es zu spüren. Grillo begeisterte sein Wahlvolk mit schonungsloser Kritik an den Machenschaften der Finanzwelt mit einer Brillanz wie der einst auf deutschen Bühnen Volker Pispers.

Doch schnell platzte Grillos Lack ab. Da sickerte durch, dass die Daten der Parteimitglieder von einer privaten IT-Firma verwaltet wurden. Trotzdem erreichte die M5S bei den Parlamentswahlen 2018 aus dem Stand 32 Prozent. Und schon bildete die Grillo-Partei mit der norditalienischen Separatistenpartei Lega Norte eine Regierung. Feuer und Wasser? Nun ja. Die Regierungsverantwortung überließ man zunächst dem damals noch parteilosen Technokraten Giuseppe Conte, der später selber in die M5S eintrat und rasch deren Vorsitzender wurde. Dann ging M5S eine Koalition mit den Sozialdemokraten von der PD ein und trug dann zum jämmerlichen Ende noch eine sogenannte »Expertenregierung« unter dem Dirigat des früheren Goldman-Sachs-Direktors und Direktors der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi mit.

Dieser politische Offenbarungseid einer einstmals »populistischen« Partei wurde von den Wählern nun mit einer saftigen Ohrfeige quittiert. M5S stürzte von 32 auf 15,4 Prozent ab. Abgestraft wurde auch die Lega: Sie verlor 8,5 Prozent und landete jetzt bei kläglichen 8,8 Prozent. Ob für den Lega-Chef Gianfranco Fini noch ein gut dotiertes Pöstchen unter den Fittichen von Frau Meloni drin ist, steht in den Sternen. Und auch Berlusconis Forza Italia (Italienische Kraft) ist um 5,9 Prozent auf jetzt 8,1 Prozent abgeschmiert. Ausgeforzt. Damit sind die Parteien, die die Corona-Verbrechen politisch zu verantworten haben, erst einmal abgemeldet

Nichtwähler größte Partei

Die größte Partei in Italien ist die Partei der Nichtwähler. Über 37 Prozent der wahlberechtigten Italiener haben die ganze Inszenierung durchschaut und sind gar nicht erst zu den Wahllokalen aufgebrochen. Far Niente, Nichtstun, ist eben manchmal die größte Weisheit... Und nun wird also achtzig

Jahre nach Benito Mussolinis legendärem Marsch auf Rom im Schlafwagenabteil der italienischen Eisenbahn am 28. Oktober 1922 seine politische Enkelin das Ruder übernehmen. Mussolini wurde bekanntlich von der Wall Street aufgebaut und ein Megakredit der US-Banker für das Faschistenoberhaupt wurde damals vom US-Wirtschaftsanwalt John McCloy höchstpersönlich in Rom gewinnbringend für die Fascisti verwaltet.

Nun, warum sollte es diesmal anders gehen? Die Investoren und Börsenbroker schauen der Ära Meloni mit großer Entspanndheit entgegen. Das kann man den seriösen Wirtschaftszeitungen unzweideutig entnehmen. Immerhin ist ja Frau Meloni Mitglied in der hochelitären transatlantischen Lobbygruppe Aspen Institute, die mit dem Rockefeller- und dem World-Economic-Forum-Netzwerk eng verflochten ist. Am 21. April dieses Jahres hat sie sich eindeutig für den europaweiten Impfpass ausgesprochen (das Video wurde noch nicht gelöscht). Zu Wahlkampfzwecken hat es sich Frau Meloni nun einstweilen anders überlegt und sich gegen den EU-Impfpass ausgesprochen. Nach der Wahl kann man ja dann wieder zur Agenda zurückkehren. Dass Frau Meloni für die Nato und den Krieg gegen Russland ist, dürfte sich mittlerweile herumgesprochen haben. Wie klug, dass die weisen Eliten in Washington immer mehrgleisig fahren.

Hermann Ploppa leitet das DW-Wirtschaftsressort, ist Politologe, Buchautor und Experte für Geopolitik.

III.

Die Anwälte und unser Geld

Ein buchhalterischer Kommentar von Hendrik Sodenkamp.

Sie wurden von uns mit offenen Armen empfangen und dann sehr weich gebettet. Anscheinend haben die Juristen des Corona-Ausschusses dabei den Wirklichkeitssinn verloren.

Geld macht nicht glücklich. Das führen die beiden Galionsfiguren des Corona-Ausschusses Reiner Fuellmich und Viviane Fischer nun der gesamten Welt vor. In viel beachteten Videos werfen sie sich gegenseitig vor, insgesamt rund 1,5 Millionen Euro nicht richtig eingesetzt zu haben und den sagenhaften Goldschatz des Ausschusses voreinander zu verbergen.

Der Corona-Ausschuss war Mitte 2020 nach der Idee des Journalisten Kayvan Soufi-Siavash und nach entsprechenden Rufen aus der Demokratiebewegung gegründet worden. Erklärtes Ziel: Bestandsaufnahme sowie Aufarbeitung der Corona-Verbrechen, auch juristisch. Seit dem Sommer 2020 sind seitdem Tausende Stunden Videomaterial entstanden. Denn das war der Ausschuss: Eine Youtube-Show. Häufig einfach nur lang und zäh, gelegentlich aber auch sehr aufschlussreich, dank der eingeladenen Experten.

Nun streiten sich Viviane Fischer und Reiner Fuellmich öffentlich über Millionensummen. Ich muss gestehen, mir ist es ziemlich egal, wer hier von der Youtube-Sendung »Corona-Ausschuss« einen »Darlehensvertrag« bekommt. Mir ist auch egal, wer die Schatzkarte zum Gold des Ausschusses besitzt. Was mich interessiert ist: Warum brauchen die 700.000 Euro »Liquiditätsrücklagen«?

Wie kann es den Machern einer Youtube-Sendung erst nach mehreren Jahren auffallen, dass 650.000 Euro fehlen, wie Viviane Fischer es darlegte? Und warum haben die überhaupt solche Luxusprobleme? Es gibt eine einzige klare Antwort darauf: Da ist soviel Spendengeld von uns Demokraten zusammengekommen, dass es den Anwälten über den Kopf gestiegen ist.

Eine kleine Ausschussbilanz

Gestatten sie mir aus Gründen der Verhältnismäßigkeit und zur Rückgewinnung des Überblicks an dieser Stelle eine Rechnung und ein paar Zahlen: Die Einrichtung eines semiprofessionellen Youtube-Studios, wie es der Corona-Ausschuss betreibt, kostet rund 15.000 Euro für Kameras, Kabel, Mikrofone, Schnittutensilien. Das wäre es eigentlich schon an Kosten für unseren Corona-Ausschuss, damit die Arbeit losgehen kann. – Zur Erinnerung und zum Vergleich: 700.000 Euro »Liquiditätsrücklagen«!

Weil Homeoffice nervt und nicht so schick aussieht: Die Mietpreise in Berlin sind horrend, aber wenn man 1.000 Euro im Monat ausgeben kann, findet man auf einen Blick ins Internet umgehend ein Bürozimmer, wie es der Ausschuss betreibt. Das wären dann 12.000 Euro im Jahr. Da kommt natürlich noch das Wichtigste an Kosten hinzu: Der Internetanschluss, rund 40 Euro im Monat. Im Jahr also: 480 Euro. Und da wären wir bei den jährlichen Fixkostendes Corona-Ausschusses von 21.060Euro. Zur Erinnerung und zum

Vergleich: 700.000 Euro »Liquiditätsrücklagen«!

Klar, Menschen müssen von etwas leben. Gehen wir also davon aus, dass die Rechtsanwälte Reiner Fuellmich und Viviane Fischer als Gage 5.000 Euro im Monat für ihren wöchentlichen Auftritt erhalten, was auch in Youtuber-Kreisen Spitzenklasse ist. Das machte dann 120.000 Euro im Jahr. Rechnet man dann noch mit Brutto-Ausgaben von 120.000 Euro im Jahr für die anderen drei, vier Mitarbeiter an den Kameras, am Mailpostfach, am Schnitt und die Protokollantinnen wie Gabriele Krüper hinzu, die selbstverständlich auch honoriert werden sollten, dann hat man jährlich Personalkosten und Gagen in Höhe von 240.000 Euro. Zur Erinnerung und zum Vergleich: 700.000 Euro »Liquiditätsrücklagen«!

Fazit: Werden Gagen und Gehälter gezahlt, kann unser Corona-Ausschuss mit der für seine Arbeit vorgesehenen »Liquiditätsrücklage« von 700.000 Euro (plus Goldschatz) noch rund drei Jahre ohne zusätzliche Spenden seiner Videoarbeit nachgehen. – Folgt man den Ausführungen Viviane Fischers und es gibt keine Gehälter für niemanden, dann kann der Corona-Ausschuss die Mietkosten (12.000 Euro pro Jahr) und das Internet (480 Euro pro Jahr) noch rund 50 Jahre stemmen. Da hat die Demokratiebewegung ja dermaßen vorgesorgt.

Die Kosten des Widerstands und der Aufklärung

Die Arbeit des Corona-Ausschusses in allen Ehren: Die Sitzungen im Jahr 2020 waren wichtig. Niemand hier will der Demokratiebewegung schaden, ganz im Gegenteil. Eine gute Beschallungsanlage für die Demonstrationen und die Spaziergänge kostet ein paar Tausend Euro, hinzu kommen anfallende Kosten für Bühnen. Spenden vor Ort kommen sinnvoll an.

Und hier erst recht, bei dieser Zeitung. Wir haben durch Druck, Versand und allem Drum und Dran in jedem Monat weit mehr Kosten, als es der Corona-Ausschuss für sein Youtube-Studio in zwei Jahren hatte. Und wir haben leider keine Häuser im Wert von 700.000 Euro und keine Youtube-Spitzengagen und keine Luxusprobleme. Und wir halten, was wir versprechen: Jeden Samstag eine gute Zeitung. Sodenkamp & Lenz Verlagshaus, IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28, BIC: QNTODEB2XXX, Verwendungszweck: Crowdfunding.

Hendrik Sodenkamp ist Journalist und Verleger in Berlin (1)

(1) <https://demokratischerwiderstand.de>

+++

Wir danken den Autoren für das Recht zur Veröffentlichung des Beitrags.

+++

Bildquelle: [Alexandre Rotenberg](#)/ shutterstock